

³³ Vgl. Shelle Colen, *Like a Mother to Them: Stratified Reproduction and West Indian Childcare Workers and Employers in New York*, in: Faye D. Ginsburg/Rayna Rapp (Hg.), *Conceiving a New World Order: The Global Politics of Reproduction*, Berkeley 1995.

Die Autorin dankt dem Ford Foundation Postdoctoral Fellowship Program (2001-2002) für die freundliche Unterstützung und Arturo Tajanlangit Jr. für seinen klugen Rat.

Aus dem Englischen übersetzt von Franz Schmalz

Auf dem Wege zu einer neuen globalen Tagesordnung

|| Feministische Kämpfe für die Rechte von Frauen

Virginia Vargas

Einführung: Besiedlung des globalen Raumes

Die dramatischen Veränderungen während des letzten Vierteljahrhunderts veranlassen Norbert Lechner (1999) zu der Feststellung, wir stünden weniger vor einer Epoche der Veränderungen als vielmehr vor einer Veränderung der Epoche. Die Globalisierung, welche dem Ganzen zugrunde liegt und besagte Veränderungen in Gang gesetzt hat, ist ein ambivalenter, widersprüchlicher Prozess, der zu neuen Risiken, zu neuen Kräften von Ausschluss bzw. Einschluss sowie zu neuen Raumdimensionen geführt hat, eben zum Globalen. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass das Globale eo ipso auch neue Rechte mit sich bringt. So beinhaltet die Dynamik, die durch die Veränderungen ausgelöst wird, etwa auch die Möglichkeit einer globalen Bürgerschaft ebenso wie die Entwicklung von globalen Zivilgesellschaften. Das alles ist natürlich erst eine im Entstehen befindliche Tendenz, die allerdings - im Wesentlichen dank einer Vielzahl von sozialen Bewegungen, die im Weltprospekt auf den Plan getreten sind - in den letzten Jahrzehnten allmählich in signifikantem Ausmaß um sich gegriffen hat. Ein entscheidendes Gewicht und eine fundamentale Rolle haben innerhalb dieser Prozesse die feministischen Bewegungen mit ihrem Engagement für Menschen- und Bürgerinnenrechte der Frauen, weil sie zusammen mit anderen etwas darstellen, was viele Autoren mittlerweile „Globalisierung von unten“ (Brecher u.a. 2000) nennen. Getragen von sozialen Bewegungen auf vielfältigen Ebenen diesseits und jenseits von nationalen Grenzen, Identitäten und Interessen, tritt die

„Globalisierung von unten“ globalen Mächten entgegen und bringt vielen Gruppen komplementär einen kollektiven Zuwachs an Kraft.

Peter Waterman beschreibt die Dynamik treffend, wenn er sagt, die Globalisierung sei zugleich Drohung und Verheißung. Im vorliegenden Aufsatz möchte ich die komplexen Dimensionen dieser Doppeldeutigkeiten nicht behandeln, weil sie inzwischen von vielen Autoren untersucht worden sind. Was ich dagegen in den Blick nehmen, kritisch erörtern und festhalten möchte, sind einige Kräfte, die mit der Globalisierung einhergehen und die zu neuen Identitäten führen, weil daraus neue Möglichkeiten zur Forcierung von Prozessen einer Globalisierung von unten erwachsen können. Eine dieser Kräfte ist die Ent-traditionalisierung, wie Anthony Giddens sich ausdrückt. Dieser sich verdichtende Prozess tendiert dahin, archaische Verhaltensmuster, traditionell allgemein akzeptierte Sinngebungen, einschließlich des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern (das freilich einer unmittelbareren, flexibleren Sexualität zu weichen hat), sowie bisher eindeutige familiäre Werte zurückzunehmen. Damit wird nicht dem Abbau jeder Tradition das Wort geredet. Worum es geht, ist ein veränderter Status der Überlieferung, insofern diese fortan nicht mehr als nicht hinterfragbare Größe, sondern als eine durchaus anfragbare Gegebenheit gilt, das heißt als Vorgabe für Abwägungen, an deren Ende dann eine Entscheidung stehen kann. Darüber hinaus hat der Prozess zu einer neuen Betrachtung von Politik geführt, will sagen zu einer neuen Einschätzung, was institutionelle Beziehung und was Informationsfluss angeht, so dass sich eine zunehmend reflexive Ordnung (die bei Giddens „institutionelle Reflexivität“ heißt) entwickeln konnte. Danach geschieht Politik weder allein in formellen Räumen, noch hängt ihre Legitimität allein an Stimmabgabe bzw. Beauftragung, sondern beides vollzieht sich mittlerweile auch in Räumen, die für die Bürger und Bürgerinnen immer wichtiger werden: im täglichen Leben einerseits und in globalisierten Systemen andererseits. Dass diese Dynamik in vielfältigen und vervielfachenden Prozessen zum Ausdruck kommt, erleichtert es den Menschen, zu Trägern von Rechten und Pflichten zu werden. Ohne Zweifel verändert es aber auch Identitäten. Was dabei am meisten ins Auge springt, ist nach jüngsten Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) die Neudefinition der traditionellen Zuordnung der Geschlechterrollen.

Die Veränderungen, tief greifend wie sie sind, haben aber auch die Nationalstaaten erfasst. Angesichts der großen globalen Probleme muten sie immer kleiner an, während die Probleme, vor denen sie stehen, immer größer werden, wenn es darum geht, wer die Verantwortung übernimmt für die wachsende Vielfalt in Sachen Lebensformen und täglicher Bedürfnisse der Menschen, in Sachen neuer Rechte, permanenter Anerkennung und ständiger Umverteilung, ohne die die neuen Identitäten kaum auskommen würden.

Veränderungen in den gängigen, traditionellen Sinngehalten, in den Formen, wie man die Wirklichkeit befragt, in der Einschätzung der Politik und in den Kräften, die die Nationalstaaten am Leben halten, in Verbindung mit einer großen Unsicherheit, die die Menschen dazu zwingt, neue Interpretationsfiguren für diese

Veränderungen und neue Antworten darauf zu suchen ... Das ist die Grundlage, die die Dynamik zur Entwicklung globaler Bürgerrechte trägt und vorantreibt. Die weiblichen und männlichen Akteure in diesem globalen Raum sind viele, agieren von vielen Orten aus und verfolgen viele Strategien. Unbeschadet dessen sind sie mehr als Akteure, die einfach den globalen Raum bevölkern. Denn indem sie mit aller Kraft in diesen Raum eindringen, setzen sie ungeahnte Kräfte und Prozesse voller Möglichkeiten und Chancen für die Demokratie in Gang. Was in meinen Augen dabei der springende Punkt ist, ist die bemerkenswerte Erweiterung dessen, was den Inhalt der Bürgerrechte ausmacht, über die sich ja Zivilgesellschaften und Staaten demokratisch „streiten“. Und gerade dieser Streit macht die Frage nach der vollen Bürgerschaft zu einer treibenden Kraft, wenn man sich die weltweite Dynamik der Ausgrenzung von Gesellschaften, Staaten und Mächten vor Augen hält.

I. Impulse und Möglichkeiten für Frauen

Globale Bürgerschaften gründen - wie nationale - gleichfalls auf Impulsen von unten, wie sie von dort aus auch vorangetrieben werden. Impulse von unten resultieren ihrerseits aus kollektivem Druck von Seiten sozialer Bewegungen, welche in dem Maße bestehende Rechte erweitern und neue bestätigen, in dem sie sie entdecken und in Anspruch nehmen. Das Gleiche geschieht jedoch auch von oben, und zwar sowohl auf nationaler Ebene, indem sich Nationalstaaten auf modernisierende Anpassungsmaßnahmen einlassen, als auch auf weltweitem Parkett, indem internationale Institutionen entsprechende Initiativen entwickeln. Ich verweise nur auf Empfehlungen von Konferenzen und Gipfeltreffen wie auf die - wenn auch noch in den Kinderschuhen steckende - normative Kraft des Globalen.

1. Das Recht, Rechte zu haben

Dass Menschen nach und nach ein Recht entdecken und in Anspruch nehmen, noch bevor es anerkannt und sanktioniert ist, verdeutlicht uns ein weiteres grundlegendes Merkmal, das Bürgerschaft und Bürgerrecht innewohnt: Bürgerschaft und Bürgerrecht haben nicht nur eine objektive Seite, welche real existierende Rechte widerspiegelt, sondern auch eine subjektive Dimension, in der es darum geht, dass sich Menschen ihrer Bürgerschaft bewusst werden, insofern sie Wesen sind, die Rechte verdienen bzw. nicht verdienen. Weltweit betrachtet ist die subjektive Dimension der Bürgerschaft ein unersetzbarer Motor für deren Inanspruchnahme und Erweiterung, weil die Aneignung der Vorstellung, man habe ein Recht auf Rechte, das Fundament dafür liefert, globale Rechte zum Ausdruck zu bringen und einzuklagen. In der subjektiven Anerkennung des Rechtes darauf, Rechte zu haben, wird aber auch eine Grunddynamik aller Bürgerschaft erkennbar: Die Tatsache, dass viele Rechte auf neue Bereiche ausgeweitet, mit neuen Inhalten gefüllt und auf andere Ebenen gehoben wurden,

ist dem Druck von unten geschuldet und zu verdanken, nachdem sie in der Praxis mindestens in Ansätzen bereits zuvor bekannt und gehandhabt worden waren. Mit anderen Worten: nachdem sie schon irgendwie Teil des subjektiven Horizonts bedeutender Kreise der real existierenden Bürgerschaften waren.

Aus diesem Grund entsprechen die Impulse von oben und von unten auch den beiden Kräften, die die globalen Bürgerschaften und die globalen Zivilgesellschaften speisen und entwickeln: der Kraft der offiziellen transnationalen Räume auf politischer Ebene und der Kraft, die aus dem Engagement der weltweit operierenden sozialen Bewegungen erwächst. Beide Kräfte oder Ströme laufen parallel zueinander, aber berühren, überlappen und befehlen sich ständig; immerhin gehorchen sie ja nicht nur verschiedenen Logik-, Dynamik- und Aktionsmustern, sondern gehen ja auch von unterschiedlichen Perspektiven und Interessen aus.

Im Bereich der offiziellen transnationalen Räume treffen mehrere Impulsgeber aufeinander. Etliche von ihnen stehen mit dem System der Vereinten Nationen in Verbindung (UNO), das trotz wachsender Schwierigkeiten doch manche Initiative ergriffen und ein gewisses Niveau an institutioneller Normgebung gegenüber den Nationalstaaten entwickelt hat, auch wenn diese oft genug eher moralisch als effektiv war. Zu erwähnen ist da zum einen das Bestreben, mittels internationaler Verträge im Rahmen der UNO die „universale“ Geltung der Menschenrechte wieder zum Tragen zu bringen und internationale Mechanismen zu schaffen, die gerade den am bösesten ausgegrenzten Gruppen (wie Ureinwohnern, Frauen, Kindern usw.) den Genuss der Rechte ermöglichen sollen. Zum anderen fand in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Reihe von Gipfeltreffen und Weltkonferenzen statt, auf denen in weltweiter Runde einige Themen und Komplexe diskutiert wurden, die „ebenso global sind wie der Globus selbst“, wie sich Boaventura de Souza Santos (1995) ausdrücken würde. Jede dieser Veranstaltungen hat Dokumente, Aktionsplattformen und Empfehlungen produziert, die die Regierungen in ihrer Mehrheit dann unterschrieben und zu erfüllen sich auch verpflichtet haben. Ebenso entstand in der Folge dieser Ereignisse ein Bündel von Bewegungen und Initiativen, die auf deren Inhalte Einfluss nehmen und die Realisierung der von den Regierungen erzielten Kompromisse dann auch garantiert sehen wollten. Für die Frauen waren alle diese Veranstaltungen von grundlegender Wichtigkeit, weil sie da ihre Präsenz zeigen und ihren Beitrag leisten konnten. Aus der Reihe der Konferenzen, die unsere

Die Autorin

Virginia Vargas, Peruanerin, Soziologin und Forscherin, ist die Gründerin des Zentrums der Peruanischen Frau „Flora Tristán“ und in Lateinamerika als Pionierin und prominente Mitbegründerin des zeitgenössischen kritischen Feminismus bekannt. Sie war Koordinatorin der lateinamerikanischen und karibischen Nichtregierungsorganisationen beim Vierten Weltfrauenforum 1995 in Peking und von 1996 bis 2000 Mitglied des Beirates zu Geschlechterfragen von Weltbank und Interamerikanischer Entwicklungsbank. Veröffentlichungen u.a.: *El Aporte de la Rebeldía* (1989); *Caminos de Beijing. IV Conferencia Mundial de la Mujer en América Latina y el Caribe* (Herausgeberin, 1998); *Género en el Desarrollo* (Mitherausgeberin, 1992); *El Triángulo del Empoderamiento* (1992). Anschrift: Centro de la Mujer Peruana „Flora Tristán“, Parque Hernan Velarde 42; Lima 1, Peru. E-Mail: vargas@amauta.rcp.net.pe.

Einschätzung erhärten, seien einige hervorgehoben. Erst auf der Konferenz für Menschenrechte, die 1993 in Wien zusammentrat, wurden die Rechte von Frauen zum ersten Mal als Menschenrechte anerkannt. Die Bevölkerungskonferenz, die ein Jahr später ebenfalls in der österreichischen Hauptstadt stattfand, anerkannte die Rechte auf Nachwuchs und Sexualität. Die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking, auf der es wegen des zahlenmäßigen Gewichts der Frauen und wegen der unterschiedlichen Einschätzung der Probleme, um ein höchst kontroverses Thema ging, verabschiedete eine Aktionsplattform, welche ein wichtiges Werkzeug darstellt, wenn es darum geht, Druck auszuüben auf die Regierungen, die ja in der Regel nichts von den Interessen von Frauen wissen wollen. Völlig unterschiedliche Bewegungen aus den Bereichen u.a. von Ökologie, Menschenrechten, Feminismus, ethnischen Rechten, Gesundheit und Entwicklung, welche aktiv und nicht selten auch konfliktiv auf die Regierungen einwirkten, nahmen Schlüsselpositionen ein, wenn die genannten Konferenzen trotz allem doch noch zu Ergebnissen führten. Themen, die genau so global sind wie der Globus selbst, konnten sich als solche erweisen - nicht nur in der subjektiven Wahrnehmung der Menschen, sondern auch dank dem aktiven Kampf der weltweit agierenden sozialen Bewegungen. Die ökologischen Gefahren, die dem Planeten drohen, machte vor allem *Greenpeace* mit seinen teils spektakulären Initiativen sichtbar. Aber auch andere Bewegungen zogen am selben Strang. Der Kampf der „Bewegung der Landarbeiter ohne Land“ MST in Brasilien wie auch das Bewusstsein, dass Amazonien ökologisch gefährdet ist, wären womöglich ohne das Engagement des 1988 ermordeten Chico Mendes nicht möglich gewesen. Dank seiner weiß heute jedoch noch rechtzeitig die ganze Welt um das Problem, einschließlich seiner dramatischen Umstände und Folgen. Und der *Weltweite Marsch der Frauen* im Jahre 2000, der um den ganzen Globus ging, führte Millionen von demokratisch und feministisch eingestellten, entschlossenen Frauen zusammen, die damit die perversen Auswirkungen der neoliberalen Politik auf ihr Leben sichtbar machen konnten.

2. Eine international normgebende Kraft

So wurden die Menschenrechte, die ja die Grundlage und häufig auch Ausdruck der Rechte auf volle Bürgerschaft sind, zu einer der wichtigsten tragenden Säulen im Raum der globalen Zivilgesellschaft. Um diese Rechte herum entstand eine neue weltweite Institutionaliät, die es möglich macht, komplementär zum internationalen Gesetz der Menschenrechte zu greifen, wenn es um bestimmte Gesetzesverletzungen geht, die auf nationaler Ebene nicht geahndet werden, sei es, weil sich die Regierungen entsprechend autoritär gerieren, sei es, weil sich die perverse Kraft dieser Gesetzesverletzungen nicht in nationale Grenzen einfangen lässt (Folter, Vertreibung, Kinderarbeit, Zwangsprostitution, Gewalt gegen Frauen usw. sind zum Beispiel einige der Probleme, die Konventionen und internationale Regelungen notwendig gemacht haben). Die international normgebende Kraft dieses Faktums wirkt sich in eine doppelte Richtung aus: Auf der einen Seite schützt sie die Bürgerschaften vor Willkürakten, die die Nationalstaaten in

Ausübung ihrer Macht nicht selten an den Tag legen; und auf der anderen Seite können die Bürgerschaften in ihr suchen, was die Staaten hinauszögern oder auch schlicht einzuräumen sich weigern. Und das gilt sowohl für öffentliche Belange als auch für angeblich „private“ Angelegenheiten mit höchst politischem Inhalt. Die Verhaftung Augusto Pinochets in Chile und deren Wirkung nicht nur in weltweiter, sondern auch in landesinterner Hinsicht, einschließlich der Tatsache, dass dadurch eine an der Spitze ausgekugelte Demokratie aufgebrochen wurde, ist vielleicht das beste Beispiel dafür, welche Möglichkeiten eine global wirkende normative Kraft hat und welche tief greifende Beziehungen zwischen Globalem und Lokalem herrschen.

Aus diesem Grund sind Aneignung und Erweiterung dieser neuen Institutionalität ein Recht und eine Verantwortung für transnationale soziale Bewegungen im Allgemeinen und feministisch orientierte im Besonderen. Die neue regionale und globale Institutionalität bietet eine reale Möglichkeit, vom Globalen her in Richtung Gerechtigkeit voranzukommen. Dies gilt zum Beispiel für die Konvention zum vorbeugenden Kampf, zu Sanktionierung und Ausmerzungen von Gewalt gegen die Frau, besser bekannt als „Konvention von Belém do Pará“ aus dem Jahre 1994, die den Frauen der Amazonasregion Unterstützung und Druck auf Regierungen ermöglicht, die häusliche, geschlechtliche, kulturelle oder politische Gewalt gegen Frauen ausüben oder zulassen. Es gilt ebenfalls für das Erste Internationale Seminar zum Recht der Frau auf Nachwuchs und Sexualität, das auf Anregung feministischer Gruppen in Lateinamerika 2001 in São Paulo stattfand. Zu erwähnen ist schließlich die zukünftige Konvention zum Recht auf Sexualität, an dem lateinamerikanische Feministinnen arbeiten.

3. Netzwerke und Beziehungen

Innerhalb des Diskussionsprozesses über die erweiterte Anerkennung von Rechten auf globaler Ebene baut sich noch immer ein beachtliches Netz von Verbindungen und Beziehungen auf. Auf der Grundlage international bereits akzeptierter Themen führen diese zu einem ständigen Hin und Her von Überraschungs- und Austauschaktionen, mittels deren um Sinnfindung gerungen wird und Inhalte der globalen Tagesordnung geklärt werden. Soziale und feministische Bewegungen, die im globalen Raum tätig sind, haben sich bereits zu Trägern von speziellen Projekten und Agenden entwickelt, in denen es um Jahrtausende alte Formen von Diskriminierung in Sachen Geschlecht, Ethnie und sexuelle Ausrichtung wie auch um immer globalere Probleme geht. Darüber hinaus entwickeln die Bewegungen aber auch ebenso defensive wie vorauseilende Strategien, sowohl in Verhandlung mit Staaten auf globaler Ebene und mit Hilfe von Druck auf sie als auch im Gespräch und im Bündnis mit unterschiedlichsten Akteuren und Bewegungen - und das alles auf der Basis enormer Vielfalt und mannigfaltiger Formen von Präsenz, multikultureller Belange und pluriethnischer Interessen.

Unter diesen vorläufigen, unsicheren Bedingungen, unter denen sich die objektiven globalen Rechte sozusagen erst noch im Embryonalzustand befinden, spielt die subjektive Bürgerschaft eine große Rolle. Dass es zu einer globalen Bür-

gerschaft kommt, hängt demnach an der Möglichkeit, dass man sich eine Zukunft, in der alle Menschen Zukunft haben, überhaupt vorstellen kann (Falk 1994). Infolgedessen enthält der globale Raum für die räumlich eingeschränkten Bürgerschaften potentiell eine doppelte Relevanz: Zum einen kann er sichtbar machen, wie sie mal aussehen werden und wie man sie sich vorzustellen hat, und zum anderen, wie er zugleich auch die eigene Legitimität, von den (weiblichen wie männlichen) Anderen anerkannt zu werden, zurückgeben bzw. ausstrahlen kann - zumal wenn man bedenkt, dass eine solche Legitimität in den jeweiligen Herkunftsländern keineswegs leicht zu haben ist. Das Vorhandensein von Netzen der Solidarität, des Informationsaustausches und des Lernens wie auch des Hin und Hers von Theorien, Politikkonzepten und Lebenserfahrungen bietet auch einen Impuls in Richtung auf Erweiterung der subjektiven Bürgerschaften. Zu beobachten war das zum Beispiel an den Bewegungen von indigenen Frauen, die sich in Peking trafen. Im Austausch und Sichtbarmachen von Erfahrungen auf globaler Ebene, die sie nunmehr ins Recht setzten, konnten diese Frauen ihre subjektive Bürgerschaft intensivieren und erweitern, woran sie in ihren Herkunftsländern sowohl von Seiten des Staates als auch der Zivilgesellschaft eher gehindert worden waren.

II. Grenzen

1. Zweiseitige Auswirkungen der Globalisierung

Unbeschadet dieser wertvollen Impulse und Möglichkeiten sind die Einschränkungen nach wie vor groß. Denn selbstverständlich lassen sich weder die globalen Bürgerschaften noch die Kraftströme der globalen Zivilgesellschaft losgelöst denken von den Triebfedern der Macht und den Hegemonialmächten in den Ländern und zwischen den Ländern auf globaler Ebene. Dem ist so, weil - wie der gegenwärtige Kontext verdeutlicht - weder die Menschen innerhalb ihrer Kollektive noch die Staaten im Verhältnis zu anderen Staaten sich gleich positionieren. Die Formen, welche die globale Bürgerschaft annehmen kann, verhalten sich zu den Formen, in welche Menschen und Kollektive in globalen Räumen eingepasst sind, wie zu den Formen, in denen nationale Ausgrenzungen und Unterordnungen im globalen Raum zum Ausdruck und ins Bild kommen. Die zweiseitigen Auswirkungen der Globalisierung, die ja gleichzeitig ausgrenzt und integriert, modifizieren, potenzieren und erneuern diese Triebkräfte von Ausschluss und Einschluss. Auch wenn Diskrepanzen im globalen Raum deutlicher ins Auge zu springen scheinen, lasten auf der Globalisierung real noch immer Ungleichheit und Anderssein. Und aus ebendemselben Grund bildet die Globalisierung ein zusätzliches Ziel, das es - als Teil der Auseinandersetzungen, ohne welche Bürgerschaft auch auf globaler Ebene nicht auskommt - anzustreben gilt.

2. Hegemoniale Mächte

So gesehen müssen wir bei der ganzen Untersuchung im Auge haben, dass demokratische soziale Bewegungen nicht die einzigen sind, die den globalen Raum bevölkern. Es wäre bare Naivität, wollten wir uns nicht eingestehen, dass auch dieser nicht eo ipso demokratisch ist. Auch im globalen Raum hausen Konservatismus, Fundamentalismus sowie hegemoniale und untertänig gemachte Mächte. Dieselben Kräfte, die lokale Autoritarismen sowie geschlossene Ausgrenzungen und Identitäten an den Tag legen, sind auch in diesem Raum am Werk. Dabei umspannen diese Kräfte nicht nur enorme Klassen- und Einkommensunterschiede, sondern auch die ganze Breite sowohl von Ausgrenzungen als auch von Breschen in Richtung auf Anerkennung als Bürger und Bürgerin, durch welche Frauen, ethnische Gruppen, Jugendliche und Homosexuelle schlüpfen, oder anders gesagt: durch welche alle die Gruppen schlüpfen, die auf symbolischer, politischer und kultureller Ebene von Macht infizierte Beziehungen zu spüren bekommen, an denen es ja auch im globalen Raum nicht fehlt. Dessen ungeachtet begeben sich gerade Bewegungen, Gruppen und bestimmte Einzelpersonen, die zu internationalen Räumen viel eher Zutritt haben als das Gros der Menschen in den verschiedenen Ländern und Regionen, aufs globale Parkett. Obgleich in diesem Raum Initiativen und Netzwerke aus der ganzen Welt einander begegnen, gewinnt auch das Multikulturelle und Pluriethnische an Raum, Engagement und Sichtbarkeit. Trotzdem sind Teilnahme und Mitwirkung von regional unterschiedlichen Gruppen, was Klasse, Geschlecht und Ethnie angeht, in ihrer ganzen bunten Breite nicht immer garantiert.

3. Neue Mechanismen

Auch hinsichtlich der institutionellen Normativität auf Weltebene müssen erst noch möglicherweise fundamentale Instrumente zu Schutz, Wiedererlangung und Sanktionierung von neuen Rechten entwickelt werden. Will man gegen Verletzungen der Menschenrechte auf internationaler Ebene effektiv vorgehen und will man weitere Verstöße gegen die Pflicht zur Rechenschaft ahnden, auf die eine globale Bürgerschaft gegenüber den Institutionen des universal operierenden Kapitalismus wie auch gegenüber den bisher nichtfiskalisierbaren transnationalen und multinationalen Konzernen Anspruch hat, brauchen wir neue Mechanismen und neue normsetzende Größen. Dazu gehört auch die Tatsache, dass wir dringend eine tief greifende Demokratisierung und eine gründliche politische Reform der UNO brauchen („Fünzig Jahre sind genug!“, lautete das Motto einer der wichtigen weltweiten Kampagnen, an der sich auch viele Feministinnen aktiv beteiligten). Nur wenn wir dahin gehend Druck ausüben, dass Mitwirkung und Einschätzung der Zivilgesellschaften zum Tragen kommen, nur wenn wir eine gründliche Reform der Finanzen, aber auch des gesamten Systems der UNO fordern, nur wenn wir internationale, rechtliche, demokratische Strukturen bekommen, die überdies institutionalisiert, konsolidiert, effektiv und für die Bürgerschaften auch zugänglich sein müssen, nur wenn die transnationalen Körperschaften der Forderung nach sozialer Verantwortung und Rechenschaft gegen-

über den globalen Bürgerschaften nachkommen (Giddens 1997), dann erst können wir erwarten, dass es möglich wird, die Globalisierung von unten zu steuern.

III. Veränderung der Identitäten

1. Vielfältige Bedeutung von Zugehörigkeit

Was hat sich in der Art und Weise, wie sich Identitäten aufbauen und selbst wahrnehmen, geändert? Eine der durchschlagendsten Veränderungen ist die Verwischung der Gleichung zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und Selbstverständnis andererseits. Das heißt: Gesellschaft und Staat werden nicht mehr als deckungsgleiche Größen organisiert und auch nicht mehr als deckungsgleich erfahren. Dies aber verändert zwangsläufig auch die Identitäten, wie man sie zuvor in einer ausschließlich nationalen Betrachtungsweise verstanden hatte. Nationale Identität ist zwar keine überholte Sache, wohl aber schwimmt für unsereinen das Gefühl der Zugehörigkeit (Lechner 1997). Zugehörigkeit kann inzwischen vieles bedeuten, und die Vielfalt der Zugehörigkeitsbegriffe verändert die Wahrnehmungsweisen und subjektiven Inhalte der Bürgerschaft. Der Gang der Dinge hat dazu geführt, dass die subjektiven Horizonte der Menschen sich gewaltig verändern und nationale Identitäten zusammenbrechen, dass aber auch die Bewegungen mittlerweile in wachsendem Maße ein neues Selbstverständnis entwickeln. Ich könnte an dieser Stelle auf meine eigene Erfahrung und Entwicklung als Feministin verweisen, weil sie sozusagen eine Schneise aufzutun, längs deren sich über die Stoßrichtung der angedeuteten neuen Identitäten nachdenken lässt.

Für die nationalen und regionalen feministischen Bewegungen in Lateinamerika eröffnet die wirtschaftliche, kulturelle und politische Globalisierung die Möglichkeit, ihre spezifische Annäherung an die großen Themen und Herausforderungen der Menschheit zu artikulieren (Talpade 1998). Das heißt: Die ganz entschiedene Politik in Richtung Selbststand, wie sie für die Anfänge der feministischen Bewegung charakteristisch war, hat sich radikal verändert. Sie hat sich von dem fortwährenden Selbstbezug (und, wie Antonio Gramsci sagt, aus dem Status des Bruches, ohne den sie ja nie einen eigenen Diskurs hätte aufbauen und eine eigene Sichtbarkeit hätte entfalten können) verabschiedet und sucht inzwischen nach Schnittmengen mit den vielen anderen demokratischen Kampfgemeinschaften von Frauen ebenso wie von Männern. Die einen wie die anderen bemühen sich um Antworten auf die je spezifischen Formen, wie sie unterdrückt werden, halten aber alle an Demokratie als gemeinsamem Nenner zwischen ihren Kämpfen und den Kämpfen der anderen fest. Dass so etwas möglich ist, ist Frucht eigener Erfahrung. Denn die Erfahrung zeigt, dass es bei den Eingriffen in den globalen Raum, wie er sich in regionalen Proportionen darstellt, nicht ohne Identitäten und ohne eigene Tagesordnungen geht, dass es damit aber nicht getan ist. Wir stoßen hier auf die Tatsache, auf welche Autorinnen wie Veronica Schild (1998) treffend hinweisen, dass nämlich einer der Züge der Identitätspolitik bzw.

der Politik, der es um Identität auf der Grundlage bestimmter Themen oder Interessen geht, darin besteht, dass Unterdrückte auch zu Unterdrückern werden können, falls sie nicht die vielen Gesichter der Ausgrenzung von Frauen und die vielen Mechanismen, die das alles für Frauen wie für Männer noch verstärken, wirklich integrieren. So konfrontierte mich die schwarze feministisch orientierte Historikerin Leila Gonzáles einmal mit dem Vorwurf, auch einige Spielarten des Feminismus zum Beispiel seien nicht frei von Rassendiskriminierung, wenn auch vielleicht nicht durch ihr unmittelbares Tun, wohl aber durch ihr Unterlassen. Möglicherweise grenzen manche Feministinnen aber auch insofern aus, als sie jüngere Kolleginnen brutal vor die Tür setzen, und zwar vielleicht weniger dadurch, dass sie keine sauberen Kanäle haben, durch die sie sie in eine diffuse Vielfalt von Diskursen gelangen lassen könnten, als dadurch, dass sie mit den neuen Diskursen nichts anfangen können, die gerade jüngere Frauen führen oder entwerfen und die zweifelsfrei mehr am Puls der Zeit sind, weil sie ihn ja hautnah miterleben.

2. Querverbindungen und Schnittmengen

So erhellt, dass für viele feministische Gruppierungen die Aufgabe der Beschäftigung mit sich selbst und das sich daran anschließende Bemühen um eine Betrachtungsweise im Sinne von Querverbindungen und Schnittmengen mit und von anderen demokratischen Kämpfen her eine der verheißungsvollsten Veränderungen waren. Da es bei all diesen Kämpfen auch um die Demokratisierung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern geht, tragen sie dazu bei, dass sich im globalen Raum ein „demokratischer Pol“ aufbaut, der allerdings darüber hinaus bis in den nationalen Raum hineinragt, insofern er durch all die Kämpfe gegen Rassismus und Homophobie, aber auch für wirtschaftliche Gerechtigkeit und für ein neues Verhältnis zwischen den Geschlechtern gespeist wird und insofern er des Weiteren eine Brücke schlägt zwischen dem Kampf für Anerkennung und dem Kampf für Umverteilung auch im globalen Raum. „Dezentralisierung“ und Erweiterung der zu erkämpfenden Ziele signalisieren eine der demokratischsten Veränderungen der feministischen Identitäten. Der Weg zu diesen Veränderungen führt über die Tatsache, dass sich im Rahmen des dringlichen Kampfes um Anerkennung der Frauen die Feminismen schon früh auf die Botschaft des ethisch-politischen Prinzips einließen, demzufolge, „was für die Frauen nicht gut ist, auch für die Demokratie nicht gut ist“. Dass sich feministische Gruppen solch eine Feststellung zu Eigen machen konnten, hat als Hintergrund die von ihnen oft genug gemachte schmerzliche Erfahrung, dass sie immer wieder vor die Tür gesetzt werden. Treibende Kräfte dieser Ausgrenzung waren dabei nicht nur staatliche Politikpraktiken, sondern auch die Zivilgesellschaften mit samt ihren Akteuren auf den verschiedenen Ebenen, ja sogar Gruppen und Organisationen, die selbst mit Alternativvorschlägen zu den real existierenden Demokratien aufgewartet hatten. Außerdem wussten wir natürlich auch, dass wir durchaus was zur Demokratie beizusteuern vermochten. Die Dinge so zu betrachten war korrekt, wenn es damit auch nicht getan war.

Eine Wende in der Herleitung dieser These brachte eine Wende in der Orientierung, in der Bündnispolitik und in der Definition dessen mit sich, was das neue Kernstück feministischer Kämpfe ist: „Was nicht gut für die Demokratie ist, ist auch nicht gut für Frauen“. Auf diese Formel lässt sich die zentrale Wende bringen, in deren Folge seither die Feminismen das innere Wechselverhältnis zwischen Recht und Demokratie begründet sehen. Obgleich Recht und Demokratie die beiden Seiten ein und derselben Münze sind, gibt es Momente, in denen die Betonung der einen oder der anderen Dimension den Sinn der feministischen Kämpfe grundlegend verändern kann. So brachte die Wende einen ständigen Revisionsprozess in Gang, in dem wir uns vor Augen halten, dass Entwicklung und Erweiterung der Bürgerschaften von Frauen nicht in sich selbst angestrebt werden können, sondern nur in permanentem Wechselspiel mit der Qualifizierung der demokratischen Prozesse insgesamt und im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften auf nationaler wie auf globaler Ebene.

Diese einschließende Betrachtungsweise, diese „dezentralisierte“, angereicherte Identität gewährleistet im Übrigen die Artikulation des Globalen mit dem Lokalen. Eine solche Betrachtungsweise macht überdies deutlich, wie schwierig es ist, mit der Demokratisierung auf örtlicher Ebene und mit der Entwicklung demokratischer Bürgerschaften auf globaler Ebene voranzukommen, wenn an neuen Identitäten, neuen Bündnissen und neuen Formen, feministische Tagesordnungen mit anderen gleichfalls auf Veränderung abzielenden Tagesordnungen aufeinander abzustimmen, nicht auf beiden Ebenen gleichzeitig gearbeitet wird. Ebenso wenig dürfen wir vergessen, dass Frauen ihren diskursiven Disput anlegen und eo ipso auch führen im Blick auf hegemoniale diskursive Terrains nicht nur im Bereich der Staaten und antidemokratischer Manifestationen der Gesellschaft, sondern auch im Bereich von sonst demokratischen Räumen, in denen jedoch im Übrigen sexistische oder rassistische Töne oder sonstige höchst konservative Verallgemeinerungen maßgeblich sind.

Jedes Projekt einer anderen Politik ist zum Scheitern verurteilt, wenn wir nicht auch zu anderen Machtverhältnissen im Privaten und Intimen kommen, wie Frei Betto auf dem Ersten Weltsozialforum 2001 im brasilianischen Porto Alegre sagte (Betto 2001). Feministinnen tragen zu dieser Neugestaltung dadurch bei, dass sie versuchen, die Demokratie auf ihren verschiedenen Ebenen und in ihren verschiedenen Perspektiven neu zu qualifizieren: Demokratie im Nationalen wie im Globalen, im Haus wie im Bett, im Privaten wie im Intimen ... das also ist unser Projekt für eine planetarische Agenda.

Literatur

Betto, Frei 2001: *Como Fortalecer a Capacidade de Ação das Sociedades Cívicas e a Construção do Espaço Público?*, Beitrag in Achse III: A Afirmação da Sociedade Civil e dos Espaços Públicos. Foro Social Mundial. Januar 2001. Porto Alegre, Brasilien. Siehe: www.forumsocialmundial.org.br.

Brecher, Jeremy/Costello, Tim/Smith, Brendan 2000: *Globalization from Below. The Power of Solidarity*, Cambridge, MA.

de Sousa Santos, Boaventura 1995: *Toward a New Common Sense: Law, Science and Politics in the Paradigmatic Transition*, New York.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 2000: *Desarrollo Humano en Chile 2000. Más Sociedad Para Gobernar el Futuro*, Santiago de Chile. Siehe: www.mirror.undp.org/chile/desarrollo.

Falk, Richard 1994: *The Making of Global Citizenship*, in: Bart Van Steenberg (Hg.), *The Condition of Citizenship (Politics and Culture: A Theory, Culture & Society)*, London.

Giddens, Anthony 1997: *Zwei Theorien der Demokratisierung*, in: ders., *Jenseits von links und rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt am Main, 149-185.

Lechner, Norbert 1997: *Cultura Política y Gobernabilidad Democrática*, in: *Revista Leviatan*, Nr. 68 (Madrid). (zugleich: Lechner, Norbert. 1995. *Cultura Política y Gobernabilidad Democrática*, Conferencia Magistral en Auditorio del Instituto, Instituto Federal Electoral de México, Dirección Ejecutiva de Capacitación Electoral y Educación Cívica, 8 März 1995. Siehe: www.deceyec.ife.org.mx/cultura_politica_%20y_%20gobernabilidad.htm).

Lechner, Norbert 1999: *Las Condiciones Sociopolíticas de la Ciudadanía*, Conferencia de Clausura del IX Curso Interamericano de Elecciones y Democracia, Instituto Interamericano de Derechos Humanos-CAPEL und Instituto Federal Electoral. November 17-21. Mexiko. Siehe: www.mirror.undp.org/chile/desarrollo/textos/extension/indice.htm

Schild, Veronica 1998: *New Subjects of Rights? Women's Movements and the Construction of Citizenship in the 'New Democracies'*, in: Sonia Alvarez/Evelina Dagnino/Arturo Escobar (Hg.), *Cultures of Politics Politics of Cultures Re-visioning Latin American Social Movements*, Boulder, CO.

Talpade Mohanty, Chandra 1998: *Feminist Encounters: Locating the Politics of Experience*, in: Anne Phillips (Hg.), *Feminism & Politics*, New York.

Vargas, Virginia 1997: *Ciudadanía: Un Debate Feminista en Curso*, in: Eugenia Holo/Ana María Portugal (Hg.), *La Ciudadanía a Debate (Ediciones de las Mujeres 25)*, Santiago, Chile.

Waterman, Peter 1998: *Globalization, Social Movements and the New Internacionalisms*, London.

Aus dem Spanischen übersetzt von Horst Goldstein